

7. Landesparteitag der PDS Thüringen

2. Tagung, Lobenstein, 20. / 21. 09. 2003

Beschluss

(angenommen mit visueller Mehrheit, 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung)

Thüringen sozial gerecht gestalten – für einen Richtungswechsel in der Politik

Wahlstrategie der PDS Thüringen für das Jahr 2004

Ziel dieser Strategie ist es, auf allen Ebenen und in allen Verantwortungsbereichen des Landesverbandes der PDS den Wahlerfolg 2004 bei den Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen zu sichern. Sie orientiert sich am Beschluss des Ilmenauer Parteitages „Offen und demokratisch sozialistische Politik gestalten“ sowie am Beschluss des Landesvorstandes „Das Jahr 2004 in den Blick nehmen“.

Die Wahlstrategie ist Leitfaden für die politisch-organisatorische und personelle Vorbereitung und Führung des Wahlkampfes. Auf ihrer Grundlage sichern Landesvorstand und Landeswahlbüro unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Erfordernisse eine öffentlich wirksame Vermittlung unserer politischen Alternativen und Wahlziele.

I.

Ausgangslage

Die neoliberale Politik der Rot-Grünen Bundesregierung, der Opposition aus CDU/CSU und FDP und darin eingeschlossen die der Thüringer Landesregierung und der einflussreichen Unternehmensverbände bewirken eine Demontage der demokratischen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft. Sie versuchen ihre Politik als alternativlos darzustellen und alle, die sich dieser Logik entgegenstellen, zu diskreditieren. Dagegen leistet die PDS Widerstand und sieht sich in der Verantwortung.

Die Rot-Grüne Bundesregierung, die konservative Opposition aus CDU/CSU und FDP, aber auch die Thüringer Landesregierung verfolgen gemeinsam mit den einflussreichen Unternehmensverbänden einen politischen Kurs zur Demontage der demokratischen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft. Angesichts dieser Situation steht die PDS Thüringen in der Verantwortung, in neuer Intensität und Qualität mit Erfolg um Akzeptanz für linke, gerechte und solidarische Alternativen zu werben. Dazu muss die PDS vor allem Partei im Alltag der Menschen sein. Um der vorherrschenden Politik Einhalt zu gebieten, wollen wir an politischen Einfluss gewinnen. Die PDS Thüringen will aus den Landtags- und Kommunalwahlen 2004 insbesondere gegenüber der Bundestagswahl 2002 gestärkt hervorgehen und einen maßgeblichen Beitrag zum Wiedereinzug der PDS ins europäische Parlament leisten. Gute Ergebnisse bei allen drei Wahlen sind notwendige Voraussetzung für den von uns angestrebten politischen Richtungswechsel in Thüringen und haben zugleich entscheidenden Einfluss auf die bundespolitische Perspektive der PDS.

Die Situation in Thüringen ist wie überall in der Bundesrepublik zunehmend von Massenarbeitslosigkeit, Zerstörung der Grundlagen des Sozialstaates, Entdemokratisierung sowie der Demontage kommunaler Selbstverwaltung gekennzeichnet. Diskriminierung von Frauen, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen sowie sozial Benachteiligten, Angst vor Kriminalität und Gewalt gehören zu den grundlegenden Problemen der Gesellschaft. Staatlich sanktionierte Ignoranz verhindert die aus ökologischen Gründen längst überfälligen und realistischen Veränderungen – etwa in der Energie- und Verkehrspolitik. Die Bundesregierung aus SPD und Grünen verschärft diese Situation mit ihrem Generalangriff auf das Sozialstaatsgebot. Die Agenda 2010, die „Hartz-Gesetzgebung“ und die Vorschläge der „Rürupp- Kommission“ bringen einen bisher nie gekannten Raubbau an sozialen Leistungen. So wie die Wirtschaftsliberalen von CDU/CSU und FDP macht sie die Kranken, die Arbeitslosen, die Rentner für schlechte Konjunktur, für Steuerausfälle, den steigenden Zuschuss für die Sozialsysteme und die noch weiter wachsenden Staatsschulden verantwortlich. Deren Leistungen werden gekürzt, die Vermögenden im Land hingegen weiter privilegiert und nicht angemessen beziehungsweise überhaupt nicht an der Finanzierung des Sozialstaates und des Gemeinwesens beteiligt.

Gegen diese Politik, deren Scheitern bereits heute deutlich wird, setzt die PDS ihre Alternative: Die sozialen Systeme können nicht marktwirtschaftlich sondern nur solidarisch gesichert werden können. Hierzu muss deren Finanzierung umgestellt werden. Sie darf nicht länger nur auf Kosten der Schwächsten in der Gesellschaft erfolgen und muss vom Faktor Arbeit abgekoppelt werden. Jede/r Einzelne als auch alle Unternehmen müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einen Beitrag leisten, damit alle eine angemessene Rente und Behandlung erhalten können.

Die seit 1999 in Thüringen im Amt befindliche CDU-Regierung setzt dieser Entwicklung nichts entgegen. Im Gegenteil. Sie setzt rigoros auf eine neoliberale Standortpolitik und damit auf Arbeitsplatz- und Sozialabbau. Stagnierende und rückläufige Wirtschaft, fehlende Innovation, ein veraltetes, weder integratives noch leistungsförderndes Bildungssystem kennzeichnen die Politik der Thüringer CDU. Diese Partei nutzt ihre demokratisch erworbene Mehrheit, um sich zur Staatspartei aufzuschwingen und delegitimiert sich damit selbst. Deshalb kommt es in den kommenden Monaten darauf an, Bürgerinnen und Bürger für unsere machbaren Alternativen zu dieser Politik zu gewinnen. In Auseinandersetzung mit der Lebenslüge vorherrschender Politik, die Krise der Gesellschaft könne durch die Kürzung sozialer Leistungen und ungezügelter Wirtschaftswachstum überwunden werden, wollen wir Mehrheiten für einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik gewinnen – eine Wechselstimmung erreichen.

Dies zu erreichen, ist Ziel unserer bis ins Jahr 2004 hinein konzipierten Kampagnen, Foren, Aktionen und Einzelveranstaltungen. In diesem Zusammenhang kommt der Politikfähigkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, den PDS-Fraktionen in Kreistagen und Stadträten und Gemeinderäten eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt ebenso für die haupt- und ehrenamtlichen BürgermeisterInnen und WahlbeamtInnen mit PDS-Mandat.

Die PDS Thüringen wird die Wahlkämpfe 2004 unter erschwerten Bedingungen durchführen. Der Verlust der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag stellt uns vor die Aufgabe, die bundespolitischen Rahmenbedingungen für unsere Landes- und kommunalpolitischen Forderungen selbst mitzuentwickeln. Gemeinsam mit dem Bundesvorstand, dem Bundeswahlbüro und der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der Landtage, ist eine

politische, kommunikationsstrategische und organisatorische Verzahnung der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen zu erreichen.

Darüber hinaus sind die Erfahrungen aus den PDS-Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie die Ergebnisse der „Tolerierung“ in Sachsen-Anhalt stärker zu berücksichtigen.

Wir entwickeln eine offensive Öffentlichkeits- und Medienarbeit mit vielfältigen Aktionen und Aktivitäten, insbesondere Veranstaltungen im öffentlichen Raum, Straßenwahlkampf, Wahlwerbung sowie verstärkter regionaler Medienarbeit.

Zur Ausgangslage gehören ebenso die Erfolge der Thüringer PDS in den vergangenen 5 Jahren. So konnte unserer Partei einen maßgeblichen Beitrag zum Erfolg des Bürgerbegehrens „Mehr Demokratie“ in Thüringen leisten.

Tausende PDS-Mitglieder erwarben sich in unmittelbarer Zusammenarbeit innerhalb der Initiative Achtung und Anerkennung – das politische Ansehen der PDS als demokratische Partei, die aktiv Bürgerinteressen vertritt, wurde gestärkt. Wesentlichen Anteil hat die PDS am Wiedererstarken der Friedensbewegung in Thüringen – insbesondere im Kampf zur Verhinderung bzw. im entschiedenen Protest nach dem Ausbruch des Irak-Krieges.

Landesvorstand und Landtagsfraktion haben sich mit zahlreichen Initiativen für die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingesetzt. Aktiv wurden die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften und deren Aktivitäten unterstützt. In den Städten und Gemeinden aber auch auf Landesebene setzte sich die PDS konsequent für eine gerechte Gestaltung der Kommunalabgaben ein. Im Ausbau dieser Stärken besteht eine wesentliche Chance der PDS, im Jahr 2004 gute Wahlergebnisse zu erreichen.

II. **Wahlziele**

- * Wir wollen einen politischen Richtungswechsel für Thüringen.
- * Wir wollen eine Politik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht allein dem Markt überlässt sondern aktive Maßnahmen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten ergreift.
- * Wir wollen eine Politik, die soziale Gerechtigkeit gestaltet und für alle ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.
- * Wir wollen eine Bildungsreform, die Chancengleichheit für alle schafft, die eine Verbindung von Theorie und Praxis herstellt, längeres gemeinsames Lernen sichert und somit Integration, individuelle Förderung und Leistungsentwicklung ermöglicht.
- * Wir wollen mehr Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung und eine Stärkung direkter Demokratie.
- * Wir wollen die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Sicherung der notwendigen Kommunalfinanzen.
Wir treten für vertretbare und bezahlbare Kommunalabgaben ein.

Dies bedeutet für uns, die Kompetenz der PDS auf dem wichtigsten Gebiet der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, der sozialen Gerechtigkeit, auszuweiten und durch eine offensive und verständliche öffentliche Vermittlung unserer Positionen auch die Kompetenzzuweisung der Bürgerinnen und Bürger zur PDS wesentlich zu verbessern. Auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit werden in den nächsten Jahren für die Zukunftsfähigkeit Thüringens sowohl in der Landespolitik als auch auf der Bundesebene und in zunehmendem Maße auf der Europäischen Ebene entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. In unseren Wahlprogrammen werden wir Alternativen zur neoliberalen Politik der Regierenden unterbreiten, die realisierbar sind. Unsere wahlprogrammatischen Aussagen hinsichtlich der Schaffung und des Erhalts von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitssystems, die Lebensfähigkeit der Kommunen, ein zukunftsfähiges Bildungssystem, mehr Demokratie und öffentliche Sicherheit, die Rechte jedes einzelnen Menschen, Umwelt- und Katastrophenschutz werden vom Gedanken der sozialen Gerechtigkeit bestimmt sein.

Deshalb konzentrieren wir uns auf Schwerpunkte und stellen dabei unsere konkreten Reformalternativen zu den Themen

- Arbeit und Wirtschaft
- Sozial- und Gesundheitspolitik
- Bildung
- Kommunalpolitik
- Mehr Demokratie

in den Mittelpunkt.

Im Landtagswahlprogramm, im Rahmenkommunalwahlprogramm, in den kommunalpolitischen Leitlinien sowie in den Wahlprogrammen der PDS in den Landkreisen, Städten und Gemeinden werden wir unsere Alternativen entsprechend dieser Schwerpunkte unterbreiten. Gleichzeitig stellen wir das Europawahlprogramm der PDS vor und verdeutlichen wie nach unseren Vorstellungen ein demokratisch verfasstes, sozial und ökologisch gestaltetes Europa entstehen kann.

Auf dieser Grundlage führen wir die Diskussion mit den Wählerinnen und Wählern und werben um deren Zustimmung und Unterstützung.

Wir wollen folgende Wahlergebnisse erreichen:

1. Unseren Beitrag zur Überwindung der bundesweiten 5-Prozent-Hürde und damit zum Wiedereinzug der PDS in das Europaparlament zu leisten.
2. Unsere kommunalpolitische Position in den Gemeinden, Städten, kreisfreien Städten und Kreistagen zu stärken und anzustreben, in 30 Prozent der Kommunen sowie in allen Stadträten der kreisfreien Städte und den Kreistagen der Landkreise kommunale Mandate zu erreichen.
3. Bei der Landtagswahl 2004 das Ergebnis von 1999 wiederum zu erreichen und möglichst zu überbieten, um unseren Beitrag für einen politischen Richtungswechsel zu mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in Thüringen zu leisten.

Mit der CDU in Regierungsverantwortung ist ein solcher Richtungswechsel nicht möglich. Wir streben eine Überwindung ihrer Dominanz in der Landespolitik an und wollen mit einer gestärkten PDS zu ihrer Abwahl aus der Regierung beitragen. Wir sind bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Darüber wird auf einem Landesparteitag beraten und beschlossen. Entsprechend unserer Beschlusslage halten wir in diesem Fall an der Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat fest.

Bei allen drei Wahlen muss aktiv um jede Stimme gekämpft werden. Dabei müssen wir den Nachweis führen, dass die PDS als einzige Partei in der Bundesrepublik gegen die vorherrschende Politik des Sozialabbaus und der Entdemokratisierung opponiert.

III. Wahlkampfführung

Die Thüringer PDS will eine andere Politik, eine Politik, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen in diesem Land orientiert. Darum führen wir einen offensiven Wahlkampf gegen die Politik der CDU und die Bundespolitik der SPD. Die Politik der Thüringer SPD und der Grünen werden wir daran messen, ob sie einen Richtungswechsel – weg vom neoliberalen Konzept der CDU wollen. Einer Thüringer Variante der Politik Schröders und Fischers durch SPD und Grüne werden wir uns entschieden widersetzen.

Die PDS zielt im Wahlkampf insbesondere darauf:

- Die Stammwählerschaft der PDS zu mobilisieren
- parteiverdrossene NichtwählerInnen davon zu überzeugen, dass die PDS eine wählbare politische Alternative ist
- enttäuschte Wählerinnen und Wähler von SPD und Grünen, insbesondere links eingestellte zu gewinnen
- Wählerinnen und Wähler der CDU. Ihnen sagen wir, dass die Wahl der PDS eine bessere Alternative zur Bundesregierung darstellt als die Wahl der CDU, deren Politik zu Stillstand und Verfilzung in Thüringen führt.

Die Thüringer PDS führt einen landesweiten Wahlkampf, bei dem Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik zusammengeführt werden. Die Thüringer PDS tritt zu den Kommunal- und Landtagswahlen mit Offenen Listen an. Wir wollen dabei besonders um solche Persönlichkeiten werben, die sich in Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden der Sozial-, Jugend- und Kulturarbeit und anderen demokratischen und sozialen Bewegungen engagieren.

Bei der Landtagswahl tritt die PDS in allen Wahlkreisen mit DirektkandidatInnen an. Den Vertreterkonferenzen der verschiedenen Ebenen wird vorgeschlagen, die Listen mit einer Geschlechterquotierung zu wählen.

Die Thüringer PDS führt ihren Wahlkampf nach einem einheitlichen politischen Konzept sowie einem einheitlichen Erscheinungsbild. Es wird auf der Grundlage des bisherigen Erscheinungsbildes und des noch zu beschließenden Kommunikationskonzeptes weiter entwickelt.

Die Thüringer PDS führt einen originellen und lebendigen Basiswahlkampf. Insbesondere bei den Kommunalwahlen ist die direkte persönliche Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern wahlentscheidend.

Kulturell und organisatorisch wird eine spezifische Zielgruppenansprache insbesondere gegenüber Frauen, Berufstätigen sowie jungen Menschen erfolgen.

Der Landtagswahlkampf wird unter einem einheitlichen Motto geführt.

Landtagswahlen finden im Jahr 2004 neben Thüringen auch in Brandenburg und Sachsen statt. Da die Ausgangslagen und Konstellationen des Landtagswahlkampfes in Sachsen und Thüringen annähernd gleich sind, werden inhaltliche Fragen des Wahlkampfes miteinander abgestimmt und auf organisatorischer Ebene Kooperationen angestrebt.

IV. Wahlkampfumsetzung

Für die politische Vorbereitung und Führung des Wahlkampfes ist der Landesvorstand verantwortlich.

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion werden aufgefordert, zeitnah eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung landespolitischer Schwerpunkte für die Europawahl zu bilden.

Das Landeswahlbüro wird beauftragt im Europawahlkampf die erarbeiteten landesspezifischen Themen in den Vordergrund zu stellen. So soll der Einfluss europäischer Politik auf das Leben der Thüringerinnen und Thüringer verdeutlicht werden. Die PDS ist als besonders geeigneter Interessenvertreter für spezifische ostdeutsche Probleme darzustellen.

Der Landesvorstand wird beauftragt,

1. dem nächsten Parteitag einen Entwurf von Mindestanforderungen an einer eventuellen Regierungsbeteiligung vorzulegen.

Dieser Vorschlag soll drei bis vier Hauptpunkte bzw. konkrete Projekte enthalten, die als nicht verhandelbare Grundmasse von PDS-Politik festgestellt werden, diejenigen, die uns so wichtig sind, dass wir das Zustandekommen einer etwaigen gemeinsamen Regierung daran festmachen. An diesen Punkten sind wir im Wahlkampf und danach auch von eventuellen Regierungspartnern zu unterscheiden. Sie machen bei allen schwierigen Rahmenbedingungen unsere Verlässlichkeit aus. Der Vorschlag des Landesvorstandes ist vom nächsten Parteitag zu diskutieren ggf. zu verändern und zu beschließen.

2. eine Liste der in der nächsten Landtagsfraktion prioritär benötigten inhaltlichen Politikfelder zu erstellen und diese Politikfelder mit aus seiner Sicht am besten geeigneten Personalvorschlägen zu untersetzen. Aus diesen Vorschlägen ist der Wählervertreterversammlung ein Vorschlag für die ersten 12 Listenplätze vorzulegen und ausführlich zu begründen.

Neben der fachlichen Eignung sind Teamfähigkeit, außerparlamentarische und parlamentarische Wirksamkeit und politisch-moralische Eignung vorrangig zu bedenken.

3. mit allen bis eine Woche vor Beginn der VertreterInnenversammlung bekannten KandidatInnen und Kandidaten Gespräche zu führen über

- die Verpflichtungen, die das Mandat bezüglich Teilnahme an der Arbeit der Fraktion und des Landesverbandes mit sich bringt,
- die Bereitschaft, auf Anforderung des Landesverbandes im Bedarfsfall das Wahlkreisbüro mit allen daran geknüpften Verpflichtungen auch außerhalb des Heimatkreises einzurichten, damit ein flächendeckendes Netz von Kontaktstellen aufrecht erhalten werden kann,
- ihre Spendenbereitschaft,
- ihre Bereitschaft, an einer gemeinschaftlichen Spendenpraxis für soziale Zwecke festzuhalten, um unsere Kritik an der überhöhten Diätenpraxis glaubwürdig weiterzuführen

4. dem nächsten Parteitag eine differenzierte Einschätzung der Arbeit und Wirksamkeit der Landtagsfraktion auf den verschiedenen Politikfeldern in der zu Ende gehenden Legislatur aus der Sicht des Landesvorstandes zu geben.

Das Landeswahlbüro ist für die organisatorische Umsetzung der Wahlstrategie verantwortlich. Es koordiniert den Wahlkampf des Landesverbandes und arbeitet dabei mit dem Zentralen Wahlbüro, den Kreiswahlbüros und der Werbeagentur zusammen. Die Berichterstattung des Landeswahlbüros an den Landesvorstand und das Gremien der Kreisvorsitzenden ist ständiger Tagesordnungspunkt ihrer Sitzungen.

Das Landeswahlbüro trägt die Verantwortung für

- die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für zielgruppenspezifische Wahlkampfaktivitäten
- die Prüfung von Wahlunterlagen und die Beantwortung von Wahlrechtsfragen
- die Realisierung des beschlossenen Finanzplanes für die Wahlen einschließlich einer landesweiten Spendenaktion,
- die statistische Aufarbeitung der Wahlergebnisse
- die Organisation des Medientrainings für die KandidatInnen
- die Planung und Koordinierung des Personaleinsatzes bei Wahlveranstaltungen
- die Organisation der Beantwortung von Fragen der Bürgerinnen und Bürger sowie von Vereinen und Verbänden auf der Grundlage der beschlossenen Wahl- und Parteiprogramme (Wahlprüfsteine)

In Abstimmung mit dem Büro für Öffentlichkeitsarbeit für:

- Die Planung aller Wahlwerbemittel – Mediaplanung. Werbeträger, Werbeart, Werbematerialien
- die Analyse des Wahlkampfes der anderen Parteien
- die Medienanalyse
- die Koordinierung von landesweiten Veranstaltungen und ihre materielle Absicherung

Der Landesvorstand und die nachgeordneten Gebietsverbände werden beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung ihrer Finanzpläne 2004 und auf Grundlage bestehender Beschlusslagen detaillierte Pläne zur Finanzierung der Wahlkämpfe zu erarbeiten und zu beschließen.